

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Franz-Josef Meiers

**Zwischen Partnerschaft
und Widerspruch**
Die deutsch-amerikanischen
Beziehungen seit dem
11. September 2001

ISSN 1435-3288

ISBN-10: 3-936183-65-1
ISBN-13: 978-3-936183-65-8

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-4952
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>

Discussion Paper
C165
2006

Franz-Josef Meiers, geb. 1958, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie an der Universität Münster, Juniata College, Huntingdon, PA (USA) und der Duke University, Durham, NC (USA). 1983 erhielt er den Bachelor of Arts (B.A.) vom Juniata College. 1987 erlangte er den Dr. phil. (summa cum laude) und 2005 die venia legendi von der Universität Münster. Von 1989 bis 1993 war er Forschungsassistent am Graduate Institute of International Studies in Genf. Nach sechsjähriger Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Bonn und Berlin wechselte er im August 1999 zum Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn, wo er bis Ende 2004 die Forschungsgruppe „Europas Rolle in der Welt“ leitete. Seit dem WS 1996/97 ist er Lehrbeauftragter für Amerikanische Außenpolitik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster. Im April 2006 veröffentlichte er seine Habilitationsschrift *Zu neuen Ufern? Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer Welt des Wandels 1990-2000* im Verlag Ferdinand Schöningh (Paderborn). Seine Artikel zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Problemen im euro-atlantischen Raum sind in verschiedenen internationalen Zeitschriften wie European Security, Österreichische Militärische Zeitschrift, Internationale Politik, Politique Étrangère und Survival erschienen.

Franz-Josef Meiers

Zwischen Partnerschaft und Widerspruch

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit dem 11. September 2001

Die Beziehungen zu den USA sind eine tragende Säule der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Die herausragende Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen fasste Walther Leisler-Kiep als „zweites Grundgesetz unseres Staates“ zusammen.¹ Für die Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 wurde der amerikanische Präsident George H.W. Bush in den Worten von Bundeskanzler Helmut Kohl zu einem „Glücksfall für die Deutschen“.² Nach den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 sicherte Bundeskanzler Gerhard Schröder die „uneingeschränkte Solidarität“ Deutschlands gegenüber den USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu. Nicht einmal ein Jahr später erreichten die deutsch-amerikanischen Beziehungen im Zuge der Irakkrise 2002/3 ihren wohl tiefsten Stand seit 1945. Condoleezza Rice, die damalige Nationale Sicherheitsberaterin des amerikanischen Präsidenten

- 1 Walther Leisler-Kiep, *Good-Bye America – was dann? Der deutsche Standpunkt im Wandel der Weltpolitik*, Stuttgart 1972, S. 106.
- 2 Horst Teltschik, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S. 237; und Helmut Kohl, *Ich wollte Deutschlands Einheit*, dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth, Berlin 2000, S. III, 12, 141 155, 166, 297.

George W. Bush, sprach von einer „vergifteten Atmosphäre“, die „in Deutschland geschaffen worden“ sei.³

Eine Reihe von Beobachtern der Berliner Republik kommt zu dem Schluss, dass die rot-grüne Bundesregierung mit ihrem Konfrontationskurs zu den USA im Zuge der Irakkrise 2002/3 die klassischen Koordinaten der deutschen Außenpolitik in mehrfacher Hinsicht aus den Fugen gebracht habe.

Antiamerikanismus: In der öffentlichen Kritik Berlins sieht Henry Kissinger den Beginn einer neuen Ära, in der „eine Art Antiamerikanismus eine dauerhafte Versuchung für die deutsche Politik werden kann.“⁴

Wende nach Frankreich: In der Irakkrise habe Bundeskanzler Schröder den Kernbestand bundesdeutscher Staatsraison, sich nicht zwischen Paris und Washington zu entscheiden, aufgegeben und sich vollständig dem von Paris favorisierten Konzept der Gegenmachtbildung angeschlossen.⁵

Unilateralistischer Sündenfall: Mit ihrem doppelten Nein, jegliche deutsche Unterstützung für eine Zwangsmaßnahmen legitimierende Resolution des UN-Sicherheitsrates vorab verweigert zu haben, habe sich die Bundesregierung von der bewährten Bonner Tradition der multilateralen Zusammenarbeit verabschiedet.⁶

3 Haig Smithonian et al., US condemns 'poisoned relations' with Berlin, Financial Times, 21. September 2002.

4 Henry Kissinger, The 'Made in Berlin' Generation, Washington Post, 30. Oktober 2002. Vgl. John Vinocur, Schröder's Germany breaks the postwar mold, International Herald Tribune, 3. Mai 2005.

5 Arnulf Baring, Einsame Mittelmacht. Ohne die USA gibt es keine Zukunft für Deutschland, Internationale Politik, 58 (Dezember 2003) 12, S. 51-56 (53, 54); Hans-Peter Schwarz, Von Elefanten und Bibern, Die Gleichgewichtsstörung deutscher Außenpolitik, Internationale Politik 58 (Mai 2003), S. 21-30 (22, 23, 30); ders., Republik ohne Kompaß. Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik, Berlin 2005, S. 26ff, 125f., 137, 155; und Christian Hacke, Was bleibt von der rot-grünen Aussenpolitik? Deutsche Neuorientierungen in zeithistorischer Perspektive, Neue Zürcher Zeitung, 15. Juni 2005.

6 Hanns W. Maull, Editorial: Deutschland auf Abwegen?, in: ders., Sebastian Harnisch und Christian Grund (Hrsg.), Deutschland im Abseits? Rot grüne Außenpolitik 1998-2003, Baden-Baden 2003, S. 7-18 (16); Philip H. Gordon und Jeremy Shapiro, Allies at War. America, Europe, and the Crisis over Iraq, New York 2004, S. 175; und Gunther Hellmann, Von Gipfelstürmern und Gratwandern: „Deutsche

Rückkehr der Geschichte: Der von Schröder favorisierte „made-in-Berlin Ansatz“, den deutschen Handlungsspielraum zu Lasten internationaler Normen und Institutionen zu vergrößern, beschwöre „eine Rückkehr des Bismarckschen Dilemmas“ herauf: die Schaffung von Koalitionen zur Gegenmachtbildung gegen ein „ungebundenes Deutschland“ („Germany unbound“) wie nach der Gründung des Kaiserreiches 1871.⁷

Mit dem Regierungswechsel in Berlin im November verknüpften amerikanische Beobachter die Erwartung eines Richtungswechsels in der deutschen Außenpolitik zugunsten eines wieder mehr Amerika freundlichen Verhältnisses. So kommt Henry Kissinger zu dem Schluss, dass mit Angela Merkel sich ein „neues Gefühl des gemeinsamen Schicksals im Dschihad-Zeitalter ... entwickeln“ könne. Sie sei der Vertreter der „dritten Generation“ deutscher Nachkriegspolitik, die weniger im Bann des emotionalen Proamerikanismus der Generation der 50er und 60er Jahre stehe und nicht vom emotionalen Kampf der 68er Generation geprägt sei, deren Vertreter Schröder und Fischer seien. Merkel betrachte die Vereinigten Staaten als eine positive Kraft in der Welt und definiere Deutschland als weltmännischen und fähigen Partner, der Amerika dort helfe, wo es könne.⁸ Kehrt Deutschland mit dem Regierungswechsel in Berlin zu seiner „gewohnten Freundlichkeit“ vor allem gegenüber den USA zurück, wie Richard Perle und David Frum prognostizieren?⁹ Ist ein „Regimewechsel“ in Berlin gleichbedeutend mit einem Politikwechsel in der deutschen Außenpolitik? Führt die neue Sachlichkeit im außenpolitischen Stil der Bundeskanzlerin auch zu weitreichenden Veränderungen in der Substanz der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik?

Wege“ in der Außenpolitik, *Aus Politik und Zeitgeschichte* (8. März 2004) 11, S. 32-39 (37).

- 7 Stephen F. Szabo, *Germany and the United States After Iraq: From Alliance to Alignment*, *Internationale Politik und Gesellschaft* (2004) 1, S. 41-52 (50ff); und ders., *Parting Ways. The Crisis in German–American Relations*, Washington, D.C., 2004, S. 116, 151, 152.
- 8 Henry Kissinger, *A New Generation in Germany*, *International Herald Tribune*, 21. November 2005; und ders., *Will Germany’s Coalition Work?*, *Washington Post*, 22. November 2005.
- 9 Richard Perle and David Frum, *An Evil to Evil. How to Win the War on Terror*, New York 2003, S 248.

Die unterschiedlichen Erwartungen an die deutsche Außenpolitik unter den Bundesregierungen Schröder und Merkel werfen die zentrale Frage auf: Werden sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach der Irakkrise wieder aufeinander zu bewegen oder weiter auseinander driften? Vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts werden die wesentlichen Wegmarken in den deutsch-amerikanischen Beziehungen seit dem 11. September 2001 unter den Bundesregierungen Schröder und Merkel abgesteckt sowie die Ursachen für die dramatische Verschlechterung der Beziehungen zwischen Berlin und Washington im Zuge der Irakkrise und die atmosphärischen Aufhellungen seit dem Regierungswechsel in Berlin im November 2005 diskutiert. Im Schluss werden Möglichkeiten und Grenzen der transatlantischen Zusammenarbeit verortet.

1. *Veränderte Rahmenbedingungen*

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts haben sich die Rahmenbedingungen der deutsch-amerikanischen Beziehungen gewandelt. Mit dem Wegfall der sowjetischen Bedrohung vermindert sich die wechselseitige Abhängigkeit im militärischen Bereich. Durch das Ende des Ost-West-Konflikts Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre haben sich die Macht- und Abhängigkeitsstrukturen in den Beziehungen zwischen Washington und Berlin nachhaltig verändert. Die veränderten internationalen Rahmenbedingungen implizieren für die Bundesrepublik Deutschland, dass die strukturellen Abhängigkeiten vor allem im Bereich der Sicherheitspolitik entfallen sind. Deutschland befindet sich nicht mehr an der Nahtstelle einer antagonistischen bipolaren Ordnung. Die absolute Priorität der atlantischen Sicherheitsgarantien relativiert sich mit dem Wegfall der sowjetischen Bedrohung. Die Berliner Republik muss nicht mehr reflexartig der amerikanischen Außenpolitik folgen, ohne die amerikanische Unterstützung für die grundlegenden außenpolitischen Ziele aufs Spiel zu setzen.

Umgekehrt verlieren Deutschland und Europa durch die friedliche Ablösung der europäischen Nachkriegsstrukturen ihre prioritäre Bedeutung, die sie in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik unter den Bedin-

gungen des Ost-West-Konflikts mehr als vier Jahrzehnte gespielt hatten. Europa verschwindet nicht vom Bildschirm amerikanischer Entscheidungsträger, seine Bedeutung relativiert sich, weil außereuropäische Regionen wie die Golf-Region, der Indische Ozean und der westpazifische Raum sowie globale Sicherheitsbedrohungen und Gefährdungen durch den katastrophalen Terrorismus und die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen in den Mittelpunkt der amerikanischen Verteidigungsplanung rücken. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 bestätigen die seit Mitte der 90er Jahre zu beobachtende Entwicklung, die amerikanische Sicherheitspolitik aus der Perspektive des Ost-West-Konflikts zu lösen und den Erfordernissen globaler Einsatzaufgaben anzupassen. Die NATO, über mehr als vier Jahrzehnte der zentrale Legitimationsrahmen amerikanischer Macht in Europa, wird nicht mehr als kollektive Verteidigungsallianz, sondern primär als Instrument globaler Krisenbewältigung gesehen, deren Wirksamkeit anhand schlagkräftiger Streitkräfte mit globaler Beweglichkeit und interkontinentaler Reichweite gemessen wird. Wie sehr sich die geopolitischen Gewichte in der amerikanischen Außenpolitik gegenüber Europa verschoben haben, kommt nicht zuletzt in der drastischen Verminderung der in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Truppen von 240.000 Anfang der 90er Jahre auf weniger als 50.000 Soldaten bis zum Jahr 2010 zum Ausdruck.¹⁰

Die mehr als vier Jahrzehnte geltenden Selbstverständlichkeiten im transatlantischen Verhältnis sind der historischen Normalität von Nähe und Distanz gewichen. Beide Seiten des Atlantiks eint nach wie vor die zivilisatorische Leitidee der Freiheit und die Schaffung demokratischer, rechtsstaatlicher Strukturen als wirksamste Sicherheitspolice gegen eine Rückkehr der Geschichte. Das liberale Wirtschaftsmodell („amerikanische Verhältnisse“), die Globalisierung der Weltwirtschaft („Walmartisierung“), die Todesstrafe, der freizügige Umgang mit Schusswaffen oder der starke Einfluss christlich-konservativer Religionsgemeinschaften auf die amerikanische Politik stoßen in der deutschen Öffentlichkeit auf

10 Peter Spiegel, US troops withdrawal part of a plan to revamp cold war military infrastructure, *Financial Times*, 16. August 2004; und Roger Cohen, The US redeployment. A Revolution with Risks, *International Herald Tribune*, 18. Mai 2005.

Ablehnung bzw. Unverständnis.¹¹ Die Popularität des amerikanischen Regisseurs Michael Moore in Deutschland, dessen Bush-kritische Bücher regelmäßig auf Platz 1 der deutschen Bestsellerlisten auftauchen und dessen Film „Fahrenheit 911“ auf ein großes Echo stieß, bestärkt „das allgemeine Gefühl, dass die beiden Kontinente wenig gemeinsam haben und weiter auseinanderdriften.“¹²

2. Die Zäsur des 11. September 2001

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Amtszeit von Präsident George W. Bush können in vier Phasen eingeteilt werden. Die anfänglich gehegten Erwartungen, der neue amerikanische Präsident würde eine berechenbare Realpolitik wie sein Vater verfolgen, wich einer zunehmenden Ernüchterung über eine unilaterale Politik aus dem Weißen Haus, die die amerikanische Außenpolitik aus den Fangärmen multilateraler Institutionen und Vereinbarungen zu befreien und die präzedenzlose Machtfülle der USA für die Durchsetzung außenpolitischer Ziele der USA zu nutzen suchte.¹³ Bush lehnte entschlossen all das ab, was die europäischen Verbündeten für wichtig und wünschenswert erachteten: vom Kyoto-Protokoll, über den ABM-Vertrag bis hin zum Internationalen Strafgerichtshof.¹⁴ Auf seiner ersten Europareise im Frühjahr 2001 besuchte Bush Spanien, Polen und Slowenien, nicht aber Frankreich und Deutschland. Gegenüber Paris

11 Werner Weidenfeld, *Kulturbruch mit Amerika. Das Ende transatlantischer Selbstverständlichkeiten*, Gütersloh 1996; und Stephen F. Szabo, *Parting Ways*, S. 92ff, 103.

12 So der ehemalige amerikanische Botschafter in Deutschland, Daniel R. Coats in einer Rede vor der Universität Münster am 6. Mai 2003, in: *Dokumente zum Stand der transatlantischen Beziehungen*, *International Politik* 58 (Juni 2003) 6, S. 104-108 (107).

13 Vgl. Condoleezza Rice, *Promoting the National Interest*, S. 47; und Robert Zoellick, *A Republican Foreign Policy*, *Foreign Affairs* 79 (Januar-Februar 2000) 1, S. 63-78 (69).

14 Vgl. Stewart Patrick und Shepard Forman (Hrsg.), *Multilateralism & U.S. Foreign Policy. Ambivalent Engagement*, Boulder, Col., 2002, S. 225ff, 323ff, 415ff; Ivo H. Daalder und James M. Lindsay, *America Unbound. The Bush Revolution in Foreign Policy*, Washington, D.C., 2003, S. 62ff, 72f.; und Philip H. Gordon und Jer-

und Berlin gab er zwischen den Zeilen zu verstehen, dass die amerikanische Diplomatie in Europa andere Optionen hatte.¹⁵

Die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 markieren den Beginn der zweiten Phase. Bundeskanzler Schröder erklärte vor dem Bundestag am 19. September 2001: „Deutschland steht angesichts dieses beispiellosen Angriffs uneingeschränkt an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika.“ Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung unterstützte militärische Maßnahmen, um das für die Terroranschläge verantwortlich gemachte Terrornetzwerk al Qaida und das sie unterstützende Taliban-Regime in Afghanistan zu zerschlagen.¹⁶ Bundeskanzler Schröder verknüpfte die Entscheidung des Bundestages über eine Beteiligung der Bundeswehr mit 3.900 Soldaten an der vom UN-Sicherheitsrat autorisierten Operation Enduring Freedom (OEF) mit der Vertrauensfrage, die er am 16. November 2001 mit einer Mehrheit von vier Stimmen gewann.

Der erfolgreiche Abschluss der militärischen Operation in Afghanistan im November 2001 leitete die dritte Phase ein. Die Entschlossenheit des amerikanischen Präsidenten, ungeachtet der Ergebnisse der UN-Waffeninspektoren den Irak militärisch abzurüsten, um eine post-9/11-Bedrohung mit Massenvernichtungswaffen zu verhindern, löste zwischen Washington und Berlin eine scharfe Kontroverse aus. Zur Eröffnung der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes erklärte Bundeskanzler Schröder am 5. August 2002 in Hannover, dass „Deutschland, unser Deutschland ... ein selbstbewusstes Land“ sei, dass für „keine Abenteuer“ zur Verfügung stehe. In einem Interview mit der New York Times stellte er unmissverständlich klar, dass sich Deutschland – ob mit oder ohne UN-Mandat – auf keinen Fall an einem Krieg gegen den Irak beteiligen würde.¹⁷ Stattdessen befürwortete die Bundesregierung eine Verlängerung und Vertiefung des

emy Shapiro, *Allies At War. America, Europe, and the Crisis Over Iraq*, New York 2004, S. 47ff.

15 James Mann, *Rise of the Vulcans. The History of Bush's War Cabinet*, New York 2004, S. 305f.

16 Stephen F. Szabo, *Parting Ways*, S. 83; und Philip H. Gordon und Jeremy Shapiro, *Allies At War*, S. 191.

17 Steven Erlanger, *Schroeder cautions Bush on 'big mistake' over Iraq*, *International Herald Tribune*, 6. September 2002.

UN-Inspektions- und Kontrollregimes im Irak. Symptomatisch für die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten war die 39. Konferenz für Sicherheitspolitik Anfang Februar 2003 in München. Ins Englische überwechselnd rief Außenminister Joschka Fischer dem amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zu: „Excuse me, I am not convinced.“ Die Bedrohung durch den Irak war seiner Auffassung nach nicht so groß, dass sie einen Krieg schon jetzt rechtfertigte.¹⁸ Die von Bundeskanzler Schröder im Bundestagswahlkampf 2002 immer wieder gemachte Äußerung, Deutschland werde sich nicht an einem „Abenteuer“ beteiligen, führte zu gravierenden atmosphärischen Störungen zwischen dem Weißen Haus und dem Bundeskanzleramt. Bush, der sich im Verhalten des Kanzlers getäuscht sah, entgegen einer gemeinsamen Absprache die Irakfrage in den Bundestagswahlkampf hineingezogen zu haben, gratulierte Schröder nicht zu dessen Wiederwahl am 22. September 2002. In den nächsten Monaten ignorierte das Weiße Haus den Kanzler und behandelte ihn als persona non grata in Washington.

In der Folgezeit registrierte Washington mit großer Verärgerung die Aktivitäten des deutsch-französischen Tandems, nicht nur eine Eventualplanung für Sicherungsmaßnahmen des Bündnispartners Türkei im Nordatlantikrat für Wochen zu blockieren. Zusammen mit Paris war Berlin auch die treibende Kraft, dem amerikanischen Vorgehen im Irak die gewünschte Legitimität durch einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates zu verweigern. Zusammen mit Russland drängte das deutsch-französische Tandem auf eine Verlängerung und Vertiefung des UN-Inspektionsregimes im Irak. Mit dem „Pralinen-Gipfel“ der Irak-Neinsager Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg am 29. April 2003 in Brüssel sah sich die Bush-Administration in ihrer Auffassung bestätigt, die deutsche Außenpolitik verfolge mit Frankreich das Ziel, die EU als Gegengewicht zu den USA in der Weltpolitik zu positionieren.¹⁹ Tatsächlich stand die deutsche Diplomatie im Frühjahr 2003 vor einem Scherbenhaufen: Nicht nur hatte sie den Krieg gegen den Irak nicht abwenden können. Mit ihrem aktiven Wider-

18 Hartes Ringen um Lösungen für den Irak-Konflikt [www.securityconference.de/konferenzen/2003/index].

19 Philip H. Gordon und Jeremy Shapiro, *Allies at War*, S. 136ff, 146ff.

stand gegen die amerikanische Irakpolitik an der Seite Frankreichs hatte sie nicht nur die Handlungsfähigkeit des UN-Sicherheitsrats bei der Regelung von Fragen des Friedens und der internationalen Sicherheit blockiert und die EU in Befürworter und Gegner der amerikanischen Irakpolitik gespalten, sondern auch den außenpolitischen Handlungsspielraum Deutschlands gegenüber Washington und Paris nachhaltig eingeengt.²⁰

Die vierte Phase setzt mit dem Treffen von Bundeskanzler Schröder und Präsident Bush am 23. September 2003 in New York ein, auf dem beide die Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen für beendet erklärten.²¹ Vor allem die Bundesregierung war bemüht, die öffentlichen Auseinandersetzungen mit Washington hinter sich zu lassen und die gemeinsame Bewältigung der neuen sicherheitspolitischen Bedrohungen in den Mittelpunkt der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu stellen. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 7. Februar 2004 sprach sich Außenminister Joschka Fischer für eine strategische Vision aus, die der amerikanischen sehr nahe kam. Angesichts der „gemeinsamen Bedrohung durch den destruktiven Dschihad-Terrorismus mit seiner totalitären Ideologie“ müssten die Bemühungen der von den USA geführten internationalen Koalition „erfolgreich“ sein; die Kräfte der Gewalt und des Terrors im Irak dürften nicht „siegen.“²² In einer gemeinsamen Erklärung erneuerten Präsident Bush und Bundeskanzler Schröder Ende Februar 2004 ihre „Entschlossenheit, zusammen zu arbeiten, [...] um die großen Herausforderungen der neuen Ära zu bewältigen: die Schnittstelle von Bedrohungen durch Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Tyrannei, Armut, Mangel an Möglichkeiten, und gewalttätiger Extremismus.“²³ Der

20 Christoph Bertram, *Europe's Best Interest: Staying Close to Number One*, *Internationale Politik und Gesellschaft*, 6 (2003) 1, S. 61-70 (68, 69); Pierre Hassner, *Fausse manœuvres*, *La revue internationale et stratégique*, 14 (Frühjahr 2004) 53, S. 57-62; und Stephen F. Szabo, *Parting Ways*, S. 49.

21 Bush und Schröder. *Die Krise ist beendet*, *Die Welt*, 24. September 2003; und *Die Aussöhnung gibt es nur für die Kameras*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. September 2003.

22 Für die Rede Fischers siehe www.auswaertiges-amt.de/www/de/archiv_print?archiv_id=5340.

23 The German-American Alliance for the 21st Century Joint Statement by President George W. Bush and Chancellor Gerhard Schröder [www.whitehouse.gov/news]

Bundeskanzler regte einen „Marshall Plan“ für den Nahen und Mittleren Osten an, um den „Prozess der Modernisierung, Demokratie und Stabilität in einer krisengeschüttelten Region voranzutreiben.“²⁴ Beim NATO Gipfel in Istanbul Anfang Juli 2004 signalisierte der Bundeskanzler, dass die Bundesregierung nicht die Allianz daran hindern werde, Truppen in den Irak für die Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte zu schicken, wenn dies eine Mehrheit unterstützte.²⁵ Im Rahmen des bestehenden Mandats für die Afghanistan-Schutztruppe (ISAF) erklärte Berlin sich bereit, mit bis zu 450 der in Kabul stationierten 2.250 deutschen Soldaten ein Regionales Aufbauteam (PRT) in Faizabad im nördlichen Landesteil zu übernehmen, um auf eine langfristige Befriedung des ganzen Landes hinzuwirken. Ihr politischer und diplomatischer Widerstand gegen den Irakkrieg hielt die Bundesregierung nicht von militärischer Ausbildungshilfe irakischer Sicherheitskräfte außerhalb des Iraks ab. Schließlich sprach sich Bundeskanzler Schröder dafür aus, die transatlantische Partnerschaft inhaltlich und organisatorisch auf eine neue Grundlage zu stellen, nachdem das Bündnis in der Irakkrise nicht der „primäre Ort“ war, an dem die transatlantischen Partner ihre strategischen Vorstellungen konsultierten und koordinierten.²⁶ Während seines Besuchs in Mainz am 23. Februar 2005 hob Präsident Bush die herausragende Bedeutung Deutschlands für die amerikanische Außenpolitik hervor. „Wir können keine guten Beziehungen zu Europa haben ohne Freundschaft zu Deutschland, denn dieses großartige Land ist das Herz Europas.“ Auch nach dem Ende der Eiszeit zwischen Berlin und Washington gibt es jedoch noch weiterhin Konfliktstoff in den bilateralen Beziehungen. Bundeskanzler Schröder mahnte in seiner Rede vor der

/releases/2004/02/print/20040227-10.html; und Together for Peace and Stability in the Greater Middle East [www.bundestkanzler.de/Kanzler-News-.7698.612797/a.htm?printView=y].

24 Siehe seine Rede vor dem Chicago Council on Foreign Relations am 26. Februar 2004 [www.bundestkanzler.de/Reden_.7715.612715/a.htm?printView=y].

25 Bertrand Benoit and Robert Graham, Germany embraces idea of putting ally at arm's length, Financial Times, 5. Juli 2004; und Claire Tréan, „Allié mais pas serciteur“, Jacques Chirac veut convaincre que la France n'est pas isolée, Le Monde, 1. Juli 2004.

Münchener Sicherheitskonferenz an, die NATO als zentrales politisches Konsultationsforum wieder aufzuwerten. Die in dieser Botschaft enthaltene Forderung Schröders an die Bush-Administration lautete, dass Berlin in Zukunft vor wichtigen Entscheidungen wie dem Irak-Krieg frühzeitig und regelmäßig von Washington konsultiert werde. Umgekehrt zeigte die Bush-Administration nicht zuletzt wegen der heftigen Irak-Kontroverse keinen Enthusiasmus, das Anliegen der Bundesregierung auf einen ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat zu unterstützen.²⁷

Die Außenpolitik der Bush-Administration hat ganz entscheidend das Amerika-Bild der Deutschen verändert. Im Zuge der Irak-Krise wich die anfänglich breite Unterstützung für den amerikanischen Feldzug gegen den internationalen Terrorismus einer vehementen Ablehnung. Auf die Frage: „Was ist das Problem mit den USA?“ antworteten im Frühsommer 2003 Dreiviertel (74 Prozent) der Befragten Präsident Bush, nur 22 Prozent machten Amerika im Allgemeinen verantwortlich. Über Parteigrenzen hinweg unterstützten 80 Prozent die Entscheidung der Bundesregierung, sich nicht an einem Krieg gegen den Irak zu beteiligen.²⁸ In einer Umfrage des German Marshall Fund gaben 50 Prozent der Befragten an, eine starke Führungsrolle der USA in internationalen Angelegenheiten sei nicht wünschenswert. Ein Jahr zuvor hatten sich noch 68 Prozent für eine starke Führungsrolle der USA ausgesprochen. Zugleich fand in der politischen Meinung der Deutschen eine Hinwendung zur EU statt. 81 Prozent gaben an, die EU sei für die deutschen Interessen wichtiger als Amerika.²⁹ Präsident Bush personifiziert eine amerikanische Außenpolitik, die die deutsche

26 Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 12. Februar 2005 [www.bundestkanzler.de/Reden-.7715.787039/a.htm?printView=y].

27 Steven R. Weisman, U.S. Rebuffs Germans on Security Bid, New York Times, 9. Juni 2005; und James Dobbins, America is punishing Germany for its Iraq opposition, Financial Times, 13. Juli 2005.

28 Pew Research Center for the People and the Press, Views of a Changing World: June 2003, Washington, D.C. 2003, S. 22 [www.people-press.org].

29 Ablehnung amerikanischer Außenpolitik sprunghaft gestiegen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. September 2003; und Elisabeth Noelle, Die Entfremdung. Deutschland und Amerika entfernen sich voneinander, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Juli 2003.

Bevölkerung mit großer Mehrheit ablehnt. Auf die Frage: „Auf Amerika können wir uns verlassen“, sagen heute 41 Prozent, auf Frankreich 51 Prozent. Fast zwei Drittel (64 Prozent) haben eine „gute Meinung“ über den französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac, nur 16 Prozent sagen dies über den amerikanischen Präsidenten. Das Vertrauen der Deutschen in Amerika ist ernsthaft erschüttert. Im März 2005 widersprachen 63 Prozent der Auffassung, die Bundesrepublik habe „eine ganz besondere Beziehung“ zu den USA. Bei der Frage, mit welchem Land die Bundesrepublik möglichst eng zusammenarbeiten sollte, setzten die Befragten die USA mit 63 Prozent an die zweite Stelle hinter Frankreich (70 Prozent).³⁰ Der tiefe Schock vieler Deutschen über den für sie unerwarteten Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen im November 2004 offenbart, wie wenig sie die zwei Gesichter der Vereinigten Staaten kennen und verstehen. Im Bewusstsein stehen die Glitzerwelt Manhattens oder Hollywoods, nicht das unbekannte ländliche, christlich-konservative Kernland Amerikas. In einer globalisierten und internetisierten Welt bleiben die Vereinigten Staaten für einen Großteil der deutschen Bevölkerung ein fremdes, unbekanntes Land.³¹

Transatlantische Schuldzuweisungen sind keine Einbahnstraße. In der tiefen Skepsis gegenüber dem Irakkrieg und der scharfen Kritik an einer unilateralen, imperialen amerikanischen Außenpolitik sehen sich wiederum amerikanische Beobachter in ihrer Kritik an einem vermeintlich weitverbreiteten Anti-Amerikanismus in Deutschland und Europa bestätigt. Sie halten den Deutschen und Europäern vor, dass ihre Befürwortung multilateraler Zusammenarbeit zu einer Obsession und Beschwichtigung ihre zweite Natur geworden sei. Robert Kagan fasste die häufig in Washington zu hörende Kritik treffend in dem Bild zusammen: „Amerikaner sind vom Mars und Europäer von der Venus.“ In der alles entscheidenden Frage der Macht tue sich zwischen Amerika und Europa „ein strategischer Graben“

30 Elisabeth Noelle, Triumph der Gaullisten?, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Mai 2005; und dies, Deutschland und die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. März 2005.

31 Franz-Josef Meiers, Vier weitere Jahre George W. Bush: Wie konnte das passieren?, ZEI-Report (Dezember 2004) 18, S. 5

auf. Aufgrund der machtpolitischen Illusion der Europäer in Gestalt eines „posthistorischen Paradieses“ und der Verhaftung der USA an dem Besitz und Einsatz militärischer Macht in einer anarchischen Hobbesschen Welt „sollte man nicht länger so tun, als hätten Europäer und Amerikaner die gleiche Weltsicht.“³² Die kritische gegenseitige Wahrnehmung unterstreicht, dass die transatlantische Nähe („Ich bin ein Berliner“) einer Ambivalenz von Nähe und Distanz („Excuse me, I am not convinced.“) gewichen ist, die von Vorwürfen beider Seiten geprägt ist, mit ihrer „imperialen“ bzw. „beschwichtigenden“ Politik die Sicherung einer funktions-tüchtigen multilateralen Ordnung in Frage zu stellen und die Wirksamkeit der transatlantischen Zusammenarbeit zu untergraben.

3. *Neuer Stil, neuer Anfang: die deutsch-amerikanischen Beziehungen unter der Regierung Merkel (2005 -)*

Nicht einmal 100 Tage im Amt, vollzog sich unter der neuen Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Neujustierung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Die „Merkel-Methode“, eine Situation sorgsam zu analysieren und dann pragmatisch problemlösende Maßnahmen zu ergreifen,³³ stieß auf große Zustimmung im „beltway“. Während ihres ersten Besuchs in Washington im Januar 2006 stellte sie gegenüber dem amerikanischen Präsidenten Bush die Rolle Deutschlands als verlässlichen Partner in der Welt heraus. Ziel müsse es sein, „wieder in breiter, ehrlicher und offener Form so diskutieren, dass sie [die Dinge, die uns bewegen, d.A.] zum Vorteil unserer beider Länder sind,“ erklärte sie in einem Vortrag am 12. Januar 2006 in Washington richtungsweisend. Für Merkel bleibt die transatlantische Partnerschaft Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik. Ihr Forum, die NATO, sei jedoch überholungsbedürftig. Wie ihr Vorgänger mahnte sie an, dass das transatlantische Bündnis „der Ort ist, wo strategische und politi-

32 Robert Kagan, *Of Paradise and Power. America and Europe in the New World Order*, New York 2003, S. 3, 11.

33 The Merkel method, *The Economist*, 14 January 2006, S. 31-32; und Quentin Peel, *Merkel will play pragmatic hand in America*, *Financial Times*, 12 January 2006.

sche Diskussion zwischen den USA und den europäischen Mitgliedstaaten stattfinden soll.“ Mit Blick auf den Atomkonflikt mit dem Iran sprach sie sich dafür aus, „eine möglichst breite Grundlage der Staatengemeinschaft zu finden“ und die Vereinten Nationen zu dem Ort zu machen, „gemeinschaftlich getragene Entscheidungen zu fällen.“³⁴ Mit ihrem Antrittsbesuch in Washington meisterte die Bundeskanzlerin den Balanceakt, sich Präsident Bush als verlässlichen Partner zu präsentieren und gleichzeitig gegenüber der deutschen Öffentlichkeit Selbstbewusstsein und kritische Distanz zum amerikanischen Präsidenten unter Beweis zu stellen, indem sie kurz vor ihrer Abreise klare Worte zum Gefangenlager in Guatánamo auf Kuba fand: „Eine Institution wie Guantánamo kann und darf auf Dauer so nicht existieren.“³⁵

In der Substanz haben sich die Parameter der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Regierungswechsel im November 2005 nicht verschoben. Die Bundesregierung Merkel sieht sich in der Kontinuität einer multilateral eingebundenen Verantwortungspolitik, die sich zu Zusammenarbeit, Dialog, Gewaltverzicht, Vertrauensbildung und friedlichem Interessenausgleich bekennt und der Lösung militärischer Konflikte durch militärische Gewalt eine klare Absage erteilt.³⁶ Während es in den außenpolitischen Zielen eine fühlbare Übereinstimmung zwischen Berlin und Washington gibt, bleiben sichtbare Gegensätze in der Wahl der zur Erreichung dieser Ziele präferierten Mittel bestehen. Während die Regierung Merkel einen prozessorientierten Politikansatz befürwortet, einen institutionellen Rahmen zu schaffen, um internationale Probleme auf der Grundlage eines breitest möglichen Konsens zu lösen, spricht sich die Bush-Administration für einen resultatsorientierten Ansatz aus, der die Notwen-

34 Siehe die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der ACG/DGAP-Konferenz am 12. Januar in Washington [www.bundestkanzlerin.de/bk/root,did=46434,render=renderPrint,bereich=bk.html].

35 Merkel verlangt Schließung von Guantánamo, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Januar 2005.

36 Für die außenpolitische Kursbestimmung siehe die Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier vor der 61. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 22. September 2006 [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2006/060922-NY-...].

digkeit harter Entscheidungen betont, um einen wirksamen Multilateralismus durchzusetzen.

Die Große Koalition teilt die Auffassung der rot-grünen Bundesregierung, dass die Stabilisierung des Iraks von strategischer Bedeutung für Frieden und Sicherheit im Nahen Osten und in Europa ist. Eine Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-geführten Ausbildungsmission im Irak lehnt sie wie ihre Vorgängerin ausdrücklich ab. Bundeskanzlerin Merkel bekräftigte ihre im Bundestagswahlkampf 2005 gemachte Aussage, keine deutsche Soldaten in den Irak zu schicken. Deutsche Soldaten werden weiterhin außerhalb des Iraks irakische Streitkräfte ausbilden. Mit dem Insistieren, „die rote Linie“ einzuhalten, trifft die Kritik ranghoher NATO-Vertreter auch auf die Merkel-Regierung zu, dass die politisch Verantwortlichen in Berlin mit ihren Vorbehalten die Bündnisverpflichtungen Deutschlands einschränkten und damit die politische Kohäsion und kollektive Handlungsfähigkeit der Allianz in Frage stellten.³⁷

Ebenso bleibt der militärische Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan in eine „vernetzte Sicherheitspolitik“ eingebunden, die einen „noch stärkeren Akzent“ auf die Schaffung ziviler, politischer und gesellschaftlicher Strukturen im Lande legt. „Nur militärisch auf die gewachsene Bedrohung zu reagieren, würde den Terroristen in die Hände spielen,“ schlussfolgert Verteidigungsminister Jung.³⁸ Aus diesem vernetzten Ansatz leitet sich eine „klare Abgrenzung“ der Terrorismusbekämpfung von Stabilisierungsoperationen ab. Das Festhalten an der scharfen Trennung von OEF- und ISAF-Missionen schließt eine Beteiligung des deutschen ISAF-Kontingents an Antiterrormaßnahmen der NATO gegen al Qaida und Anhänger der Taliban

37 Katja Ridderbusch, „Europa braucht die NATO“. Jaap de Hoop Scheffer zu den zukünftigen transatlantischen Beziehungen, *Die Welt*, 12 November 2004; NATO missions 'threatened by refusal to send troops to Iraq', *Financial Times*, 15. November 2004; Instructors from NATO to help train Iraqi Army, *International Herald Tribune*, 18 November 2004; und De Hoop Scheffer für eine strategische Partnerschaft zwischen Allianz und Europäischer Union, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. Mai 2005.

38 „Klares deutsches Interesse, *Der Spiegel*, 24. Juli 2006, S. 23. Siehe ebenso das überarbeitete Afghanistan-Konzept der Bundesregierung von Mitte September 2006 [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Meldungen/2006/060914].

aus. Ebenso bleibt der operative Schwerpunkt des deutschen ISAF-Beitrages die Nordregion. Die Bundesregierung lehnte das Anliegen von NATO-Kommandeuren vor Ort ab, deutsche Soldaten aus dem relativ friedlichen Norden in die Krisenprovinzen des Südens zu entsenden bzw. den deutschen Beitrag über die Kontingenthöchstgrenze aufzustocken.³⁹

Die Präferenz für nicht-militärische Konfliktlösungsstrategien zeichnet die Haltung Berlins im Atomkonflikt mit dem Iran aus. Wie ihr Vorgänger bleibt Bundeskanzlerin Merkel dem diplomatischen Prozess verpflichtet, durch Gesprächsbereitbereitschaft mit und Kooperationsangebote an den Iran eine einvernehmliche Lösung zu finden, die sicherstellt, dass das iranische Atomprogramm ausschließlich zu friedlichen Zwecken genutzt wird. Sie vertritt die Auffassung, dass den vom iranischen Atomprogramm ausgehenden Herausforderungen für den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT) und für die Sicherheit in der Region am wirksamsten durch die Geschlossenheit der internationalen Staatengemeinschaft begegnet werden könnte. Eine militärische Option, die die Bush-Administration auf dem Tisch hält, schließt Merkel für Deutschland aus. „Die militärische Option ist keine Option im Umgang mit dem Iran.“⁴⁰ Für den Fall, dass die iranische Regierung der Forderung des UN-Sicherheitsrates nicht folgt, die Urananreicherung einzustellen, schließt sie die Verhängung von Sanktionen gegen den Iran nicht aus. Diese macht sie von einem größtmöglichen internationalen Konsens, einem Beschluss des UN-Sicherheitsrates und einer schrittweisen, reversiblen Vorgehensweise abhängig. Im Gegensatz zu Washington hält die Bundeskanzlerin „vergleichsweise milde Maßnahmen“ für wirksamer, auf die sich die Staatengemeinschaft verständigt hat, als „scharfe Einzelmaßnahmen“, die „allein“ durchgesetzt würden.⁴¹ Im Klartext lautet Merkels Botschaft an Bush: Nicht eine Koalition der Willigen,

39 Siehe Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem ISAF-Einsatz in Afghanistan, Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/2573, 13. September 2006.

40 Siehe die Interviews von Bundeskanzlerin Merkel mit der Welt am Sonntag vom 20. August 2006 und mit der Zeit vom 7. September 2006.

41 „Das ist nicht meine Sprache, Die Zeit, 7. September 2006.

die Wirtschaftsanktionen oder Militäraktionen androht,⁴² sondern nur eine breite internationale Koalition unter Einschluss der Vetomächte Russland und China kann die iranische Führung überzeugen, den Forderungen des IAEI-Gouverneursrates und des UN-Sicherheitsrates Folge zu leisten.⁴³

Nach dem Ende der Kampfhandlungen zwischen der Hisbullah und der israelischen Armee erklärte sich die Bundesregierung grundsätzlich bereit, bei der Umsetzung der UN-Sicherheitsresolution 1701 Verantwortung zu übernehmen. Einem Kampfeinsatz von Bodentruppen der Bundeswehr im Süden des Libanons erteilte die Bundesregierung eine klare Absage. „In ungewisse Abenteuer“ werde die Bundesregierung die Bundeswehr nicht schicken, betonte die Kanzlerin. Aufgrund des historisch bedingten Sonderverhältnisses zu Israel müsse unter allen Umständen eine Situation vermieden werden, „dass deutsche Soldaten in Kampfhandlungen am Boden verwickelt werden können,“ fügte sie als Begründung an.⁴⁴ Der deutsche Beitrag zum erweiterten UNIFIL-Mandat im Libanon beschränkt sich auf humanitäre Hilfsleistungen, Ausbildungshilfe für die libanesische Polizei und Armee und die Übernahme der Führung des UNIFIL-Marineverbandes (Maritime Task Force) zur seeseitigen Sicherung der libanesischen Grenze.⁴⁵ Der Militäreinsatz ist für Deutschland, so Merkel, eine „historische Mission“. Zum erstenmal seit dem 2. Weltkrieg operiert die Bundeswehr in einem robusten Einsatz im Nahen Osten.⁴⁶ Mit der bedeutenden maritimen Komponente verfolgt die Bundesregierung das zweigleisige Ziel, Verantwortung bei den internationalen Bemühungen zur Lösung des Nahost-

42 Steven R. Weisman, Cheney Warns of 'Consequences' for Iran on Nuclear Issue, New York Times, 8. März 2006; und Vicki Allen, US could seek to punish Iran outside UN, Reuters, 2. Mai 2006.

43 Geschlossen gegen das iranische Atomprogramm [www.bundestkanzlerin.de/bk/root.dd=48178.html]. Siehe ebenso Bush und Merkel wollen Iran mit Eintracht und Diplomatie zusetzen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Mai 2006; Günter Bannas, Fast eine Vermittlungsreise, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Mai 2006; Hugh Williamson, Astute Merkel scores another hit in Washington, Financial Times, 6./7. Mai 2006; und Merkel and Bush strike a good chord, Financial Times, 8. Mai 2006.

44 „Warum sollen unsere Soldaten in den Libanon, Frau Merkel?“, Welt am Sonntag, 20. August 2006.

45 Bis zu 2.400 Soldaten für den Libanon-Einsatz [www.bmvg.de/portal/a/bmvg...].

46 „Einsatz von historischer Dimension“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. September 2006

Konflikts mitzutragen und gleichzeitig die Gefahr einer Konfliktsituation mit Israel auf ein Minimum zu reduzieren. Der „sehr begrenzte“ (Stoiber) Beitrag der Bundeswehr zeigt, dass es trotz der neuen Handlungsimperative im Nahen Osten Grenzen der deutschen Verantwortung im multinationalen Handlungsverbund gibt.

Ungeachtet der amerikanischen Mahnungen⁴⁷ schließt die Große Koalition eine substantielle Erhöhung der Verteidigungsausgaben in Richtung des von der NATO für notwendig erachtete Niveaus von zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) aufgrund der angespannten Lage des Bundeshaushaltes für die nahe Zukunft aus. Erst bei einer spürbar verbesserten Haushaltslage hält die Bundeskanzlerin eine Erhöhung des Verteidigungsetats mittelfristig (ab 2009) für möglich.⁴⁸ Die anhaltende Unterfinanzierung der Bundeswehr hat zur Folge, dass die ursprünglich 2010 als Zielfähigkeitsdatum genannten Zielbefähigungen in vielen Bereichen „erst weit jenseits 2011“ „bei teilweise erheblich gestiegenem Finanzbedarf“ erreicht werden.⁴⁹ Alarmierend ist vor allem, dass der erheblich gestiegene Bedarf an gepanzerten Führungs-, Funktions- und Transportfahrzeugen „innerhalb des verfügbaren Finanzrahmens nur langfristig zu decken“ sei, wie der Generalinspekteur im Bundeswehrplan 2007 einräumt. Gegenwärtig sind nur 18 Prozent der Fahrzeuge in den Einsatzländern gegen Straßenbomben geschützt.⁵⁰

Ebenso stößt die von den angelsächsischen Staaten erhobene Forderung nach einer Abschaffung der Wehrpflicht zugunsten einer Berufsarmee auf

47 Siehe die Rede des amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld auf der 42. Münchener Sicherheitskonferenz am 4. Februar 2006. [www.security-conference.de].

48 Siehe die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Festaktes zum 50-jährigen Bestehen des Deutschen Bundeswehrverbandes in Berlin am 20. September 2006 [www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2006/09/2006-09-20-rede-bkin-bun...].

49 Silke Kersting, Umbau der Bundeswehr stockt, Handelsblatt, 26. Juni 2006; und Hans-Jürgen Leersch, Jung hat Ärger mit dem Generalinspekteur, Die Welt, 7. September 2006..

50 Peter Müller, Die überforderte Armee, Die Welt, 17. September 2006; und Michael Forster, Begrenzt geschützt, Die Zeit [<http://zeus.zeit.de/text/online/2006/36/bundeswehr-ruestung>].

gleichen Widerstand in der Großen Koalition wie zuvor in der rot-grünen Bundesregierung. Es gibt einen breiten Konsens zwischen CDU/CSU und SPD, dass „sich die allgemeine Wehrpflicht für Deutschland auch unter wechselnden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen bewährt hat.“ Sie ist der Garant für eine enge gesellschaftliche Einbindung der Streitkräfte und der Kontrollmechanismus gegen einen militärischen Interventionismus, wie sie auch in angepasster Form für Einsatzbereitschaft, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Bundeswehr unabdingbar bleibt.⁵¹ Dabei nimmt die Bundesregierung in Kauf, dass die Bundeswehr in ihrer derzeitigen Struktur kurz- und mittelfristig nicht mehr als 10.000 Soldaten für bündnisgemeinsame Eingreif- und Stabilisierungseinsätze bereit stellen kann. Der Wehrbeauftragte der Bundeswehr, Reinhold Robbe, stellte in seinem Jahresbericht 2005 fest, dass die Bundeswehr „dringend eine Phase der Konsolidierung und der Erholung“ benötige, da sie mit den Einsätzen auf dem Balkan, in Afghanistan und am Horn von Afrika an ihre „Belastungsgrenzen“ gestoßen sei.⁵² Als Begründung für eine Nichtbeteiligung deutscher Soldaten an UNIFIL-Bodentruppen im Libanon führten Bundeskanzlerin Merkel und Verteidigungsminister Jung an, dass die Kapazitäten der Bundeswehr für Auslandseinsätze „weitgehend erschöpft“ seien.⁵³ Engpässe gibt es bei Spezialisten wie Sanitätern, Heeresfliegern, Fernmelde-technikern und Stabsoffizieren. Die Ursache für den Mangel an einsatz- und durchhaltefähigen Kräften liegt in einer Streitkräftestruktur, die immer noch zu sehr auf die Erfordernisse einer stationären linearen Verteidigung

51 Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin, Oktober 2006. Siehe ebenso Peter Müller, Große Koalition hält an Wehrpflicht fest, Die Welt, 19. Oktober 2006; und Stephan Löwenstein, Kräftiges Gezerre um das Weißbuch, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Oktober 2006. .

52 Siehe seine Rede vor dem Bundestag am 20. Januar 2006 and seinen Jahresbericht 2005, S. 3, 9, 20.[www.wehrbeauftragter.de].

53 „Positiver Trend auf dem Arbeitsmarkt stimmt hoffnungsfroh“, Bild am Sonntag, 30. Juli 2006; und „Klares deutsches Interesse“, Der Spiegel, 24. Juli 2006, S. 22.

in der Mitte Europas ausgerichtet ist, wie Generalinspekteur General Wolfgang Schneiderhahn einräumt.⁵⁴

Zwischen Partnerschaft und Widerspruch

Die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und Washington im Zuge der Irakkrise 2002/3 waren nicht Ausdruck einer selbst- und machtbewussten Bundesregierung Schröder, Deutschland an der Seite Frankreichs in strategischer Konkurrenz zur „Übermacht“ USA in einer multipolaren Welt in Stellung zu bringen, sondern grundlegend unterschiedlicher Ansätze globaler Ordnungspolitik. Die von Präsident Bush nach dem 11. September 2001 vollzogene „Revolution“⁵⁵ lief in wesentlichen Punkten deutschen Präferenzen für eine kooperative Sicherheitspolitik zuwider. Die Knackpunkte sind der von der amerikanischen Regierung befürwortete präventive Einsatz von Streitkräften gegen Terrorstaaten und Terrornetzwerke ohne ein legitimierendes UN-Mandat. Im Gegensatz zu der von der Bush-Administration in der Nationalen Sicherheitsstrategie vom September 2002 aufgestellten Forderung, „das Konzept der unmittelbaren Bedrohung den Fähigkeiten und Zielen unserer heutigen Feinde anzupassen,“ befürwortet die Bundesregierung eine Strategie des vorbeugenden Engagements, potentielle Konflikte durch politische und diplomatische Initiativen sowie den Einsatz wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer, rechtsstaatlicher, humanitärer und sozialer Maßnahmen zu verhindern. Der Einsatz militärischer Machtmittel gegen Friedensstörer schließt sie als ultima ratio nicht aus; er orientiert sich an den Prinzipien der UN-Charta, d.h. er setzt in der Regel ein Mandat des UN-Sicherheitsrates voraus.⁵⁶

54 „Einsatz Deutscher Streitkräfte im 21. Jahrhundert“, Rede des Generalinspektors, General Wolfgang Schneiderhahn an der Humboldt Universität am 27. April 2005 [www.bmvg.de/portal/a/bwde...].

55 Ivo H. Daalder und James N. Lindsay, *America Unbound*. S. 2, 13, 40.

56 Die Bundesregierung, Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, Berlin, Mai 2004, S. 8ff; und EU-Sicherheitsstrategie, Mitteilung des Auswärtigen Amtes, Stand: Februar 2005 [www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/gasp/ess_html].

Die Präferenz über Parteigrenzen hinweg für eine sicherheitspolitische Kultur, die sich den Grundsätzen einer multilateralen Weltordnung, der Zusammenarbeit und der politisch-diplomatische Konfliktregelung verpflichtet fühlt, wirft ein grundsätzliches Problem für die deutsche Außenpolitik auf. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und den daraus resultierenden veränderten sicherheitspolitischen Anforderungen begann sich die wechselseitige Bedingtheit der beiden Kernbestandteile der deutschen Außenpolitik – das reflexartige Bekenntnis zur multilateralen Zusammenarbeit und die tief verwurzelten Ansichten und Überzeugungen der aus der historischen Verantwortungslast für zwei Weltkriege resultierenden Kultur der Zurückhaltung – aufzulösen. Die Irakkrise zeigt exemplarisch, dass die Politik der multilateralen Zusammenarbeit dort auf ihre Grenzen stößt, wo Positionen der Partner mit denjenigen Normen und Prinzipien aufeinanderprallen, die für die strategische Kultur Deutschlands unverzichtbar sind.⁵⁷ Die politischen Entscheidungsträger in Berlin stehen vor der „unangenehmen Aufgabe“, das Spannungsverhältnis zwischen „der Scylla kollektiver Erinnerungen“ und der „Charybdis heutiger Erfordernisse“⁵⁸ so auszubalancieren, dass Erwartungsverlässlichkeit und Berechenbarkeit auch weiterhin die bewährten Maximen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im transatlantischen Verbund bleiben. Die Herausforderung für die „Merkel-Methode“ besteht darin, die veränderten Anforderungen und Erwartungen der westlichen Partner an die Berliner Republik mit der für die deutsche Mitgestaltung einer multilateralen Weltordnung erforderlichen hinreichenden Ausstattung ihres sicherheitspolitischen Instrumentariums in Einklang zu bringen. Die große Gefahr in den deutsch-amerikanischen Beziehungen liegt in den hochgesteckten Erwartungen Washingtons an die Bundesregierung Merkel, eine „wirkliche Führungsrolle“

57 Piotr Buras und Kerry Longhurst, *The Berlin Republic, Iraq, and the Use of Force*, *European Security*, 13 (Herbst 2004) 3, S. 215-245 (217, 242, 243); Harald Müller, *Das zerrissene Erbe der Aufklärung. Die ideologische Polarisierung zwischen Deutschland und den USA*, *Internationale Politik*, 59 (November-Dezember 2004) 11-12, S. 15-24 (16, 17, 20); und Peter Rudolf, *The Myth of the 'German Way'. German Foreign Policy and Transatlantic Relations*, *Survival* 47 (Frühjahr 2005) 1, S. 133-152 (145).

58 Andrei S. Markovits und Simon Reich, *The German Predicament. Memory and Power in the New Europe*, Ithaca, NY, 1997, S. 7.

bei der militärischen Krisenbewältigung bzw. „eine entscheidende Rolle im Krieg gegen den Terror“ zu übernehmen, die dem Gewicht und den Möglichkeiten Deutschlands entspricht.⁵⁹ Die Bundeskanzlerin könnte als politischer Akrobat sehr schnell ihr Gleichgewicht verlieren, wenn sie von Bush zu „fest umarmt“ wird.⁶⁰

Das Paradox amerikanischer Macht im 21. Jahrhundert ist, dass die größte Macht seit Rom ihre Ziele nicht unilateral im globalen Informationszeitalter erreichen kann. Die großen globalen Entscheidungsfragen können in einer interdependenten Welt nur noch im Verbund von Staaten, nicht aber von einer „Übermacht“ bewältigt werden. Die Bush-Administration steht vor der Gratwanderung, amerikanische Macht so einzusetzen, dass sie ein Höchstmaß an Legitimation und Partizipation der internationalen Staatengemeinschaft sicher stellt. Dies verlangt von den Vereinigten Staaten die Einsicht, dass sie als einzig verbliebene Supermacht nicht alles tun können, wozu sie militärisch in der Lage sind, sondern auf die Zusammenarbeit mit den europäischen Verbündeten angewiesen bleiben, ohne die sie die zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht wirksam bewältigen können.⁶¹ Die Bereitschaft der Bush-Administration, ein „neues Kapitel“ in den transatlantische Beziehungen aufzuschlagen und mit Europa an „unserer gemeinsamen Agenda“ zu arbeiten,⁶² spiegelt sich in der Unterstützung der EU3-Initiative gegenüber dem Iran, der intensiven

59 Siehe die Rede des amerikanischen Senators John McCain auf der 42. Münchener Sicherheitskonferenz am 4. Februar 2006 [www.securityconference.de]; und das Interview von Präsident George W. Bush „Ich habe erkannt, dass die Deutschen Krieg verabscheuen“, mit Bild am Sonntag, 7. Mai 2006.

60 Ready for a Bush hug?, The Economist, 8. Juli 2006, S. 28.

61 Joseph Nye, The Paradox of American Power. Why the World's Only Superpower Can't Go Alone, Oxford 2002; Zbigniew Brzezinski, The Coice, New York 2004; Stanley Hoffmann, Gulliver Unbound, Lanham, MD, 2004; Robert W. Tucker und David C. Hendrickson, The Sources of American Legitimacy, Foreign Affairs, 83 (November/Dezember 2004) 6, S. 18-32; Richard N. Haass, The Case for "Integration", The National Interest, (Herbst 2005) 81, S. 22-29; Stephen M. Walt, Taming American Power, New York 2005; Francis Fukuyama, America at the Crossroad. New Haven, CT, 2006; und Josef Joffe, Übermacht, New York 2006.

62 Siehe die Rede von Außenministerin Condoleezza Rice am Institut d'Etudes Politiques de Paris - Sciences Po in Paris am 8. Februar 2005 [www.state.gov/secretary/rm/2005/41973.htm].

Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern, um den Nahost-Friedensprozess („road map“) wiederzubeleben und die militärische Konfrontation zwischen Israel und der Hisbullah im Libanon durch eine UN-mandatierte Friedensmission dauerhaft beizulegen, und der Übertragung des Einsatzkommandos für die ISAF- und OEF-Operationen in Afghanistan an die NATO wider. Die Kehrseite einer Partnerschaft der Problemlöser ist, dass sie auf einer nüchternen Beziehungspartnerschaft beruht, die sich auf die Problembereiche konzentriert, in denen beide Seite des Atlantiks übereinstimmen. Sollbruchstellen wie die deutsche Beteiligung an der Stabilisierung und dem Wiederaufbau des Iraks, eine Ausweitung des militärischen Engagements Deutschlands in Afghanistan, die Frage der Wehrform (Wehrpflicht- vs. Berufsarmee), höhere Verteidigungsausgaben, die Rolle der UN-Sicherheitsrates bei der Wahrung von Frieden und Sicherheit, die Doktrin der antizipatorischen Verteidigung, der Internationale Strafgerichtshof oder die Klimapolitik bleiben ausgeklammert.

Eine Weltordnung, die auf der Idee der Freiheit, der Menschenrechte, der Demokratie und freier Märkte beruht, kann nicht durch Alleingänge, sondern nur durch die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft⁶³ entstehen. „Reicht diese Erkenntnis aus, ein Gefühl gemeinsamen Zwecks neu zu bilden,“ fragt Henry Kissinger.⁶⁴ Auch wenn Deutschland, Europa und die USA das Ende der fast fünf Jahrzehnte währenden Selbstverständlichkeiten im transatlantischen Verhältnis erleben und Washington von Berlin nicht mehr eine unbedingte Gefolgschaft in Fragen von Krieg und Frieden selbstverständlich erwarten kann, bleiben sie weltpolitisch nach wie vor aufeinander angewiesen. Die Vielzahl globaler Probleme hat nur dann Aussicht gelöst zu werden, wenn sich die transatlantischen Partner wie nach 1945 auf eine gemeinsame zukunftsweisende Strategie und eine abgestimmte Vorgehensweise verständigen sowie die dafür erforderlichen Ressourcen bereit stellen. Diese normative Kraft des Faktischen, zusammen mit der transatlantischen Wertegemeinschaft, sind der Kitt, der die transatlantische Gemeinschaft allen Stürmen über dem Atlantik zum Trotz zu-

63 Karl W. Deutsch et al., *Political Community and the North Atlantic Area*, Princeton, N.J., 1957.

64 Henry A. Kissinger, *After Lebanon*, Washington Post, 13. September 2006.

sammenhält. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass richtungsweisende Entscheidungen in der internationalen Politik erst getroffen werden konnten, wenn Europa und die USA an einem Strang zogen. Die Bewältigung globaler Bedrohungen durch den katastrophalen Terrorismus, die Förderung des Nahost-Friedensprozesses und repräsentativer politischer Strukturen im Nahen und Mittleren Osten („Greater Middle East“), die Sicherung des NPT-Kontrollregimes angesichts des Atomprogramms Irans und des Atomtests Nordkoreas bis hin zu grenzüberschreitenden Problemen wie Migration, Pandemien und Umweltverschmutzung sind die Prüfsteine für die transatlantischen Beziehungen, gemeinsame Werte und Interessen jenseits der sowjetischen Bedrohung neu zu verorten und gemeinsam zu verteidigen. Für die Bewältigung dieser Herkules-Aufgaben bleibt die Zusammenarbeit der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft alternativlos. Gäbe es sie nicht, müsste sie heute erfunden werden.

ZEI DISCUSSION PAPER: Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania
in the 21st Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev
Southeastern Europe at the beginning of the 21st century
- C 83 (2001) Lothar Rühl
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Oppeln) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison
Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries
- C 108 (2002) Hans von der Groeben
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 109 (2002) Emil Mintchev /Klaus Büniger
A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept
- C 110 (2002) Michael Lochmann
Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union
- C 111 (2002) Indra de Soysa / Peter Zervakis (eds.)
Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone
- C 112 (2002) José Manuel Martínez Sierra
The Spanish Presidency. Buying more than it can choose?
- C 113 (2002) Winfried Loth
Europäische Identität in historischer Perspektive
- C 114 (2002) Hansjörg Eiff
Serbien – zwei Jahre nach Milosevics Sturz
- C 115 (2002) Peter Doyle
Ireland and the Nice Treaty
- C 116 (2002) Stefan Fröhlich
Das Projekt der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP): Entwicklungen und Perspektiven
- C 117 (2003) Ludger Kühnhardt
Welche Grenzen setzt die Globalisierung der europäischen Integration?
- C 118 (2003) Franz-Josef Meiers (Hrsg.)
Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf die transatlantischen Beziehungen
- C 119 (2003) Hubert Iral
Between Forces of Inertia and Progress: Co-decision in EU-Legislation
- C 120 (2003) Carlo Masala (ed.)
September 11 and the Future of the Euro-Mediterranean Cooperation
- C 121 (2003) Marcus Höreth
When Dreams Come True: The Role Of Powerful Regions In Future Europe
- C 122 (2003) Glen Camp
The End of the Cold War and US-EU-Relations
- C 123 (2003) Finn Laursen / Berenice L. Laursen
The Danish Presidency 2002: Completing the Circle from Copenhagen to Copenhagen
- C 124 (2003) ZEI (Hrsg.)
Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents. Bewertung der Strukturentscheidungen
- C 125 (2003) Hans-Christian Maner
Multiple Identitäten – Der Blick des orthodoxen Südosteuropa auf „Europa“
- C 126 (2003) Janko Prunk
Die rationalistische Zivilisation
- C 127 (2003) Władysław Bartoszewski
Europas Identität nach der Osterweiterung
- C 128 (2003) Dimitris K. Xenakis and Dimitris N. Chrysoschoou
The 2003 Hellenic Presidency of the European Union. Mediterranean Perspectives on the ESDP

- C 129 (2004) Fritz Hellwig
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 130 (2004) Thorsten Faas / Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Difference Between Real And Potential Power: Voting Power, Attendance and Cohesion
- C 131 (2004) Andreas Jacobs (ed.)
Euro-Mediterranean cooperation: enlarging and widening the perspective
- C 132 (2004) Ludger Kühnhardt / Gabor Erdödy / Christoph Böhr
L'Europa centrale fra le culture politiche nazionali tradizionali ed una nuova identità europea
- C 133 (2004) Hubert Iral
Wartesaal oder Intensivstation? Zur Lage der EU nach der gescheiterten Regierungskonferenz
- C 134 (2004) Nicole Groß
Netzwerkbildung in der EU als regionale Standortpolitik? Nordrhein-Westfalen und die transnationalen Beziehungen zu Regionen im Benelux-Raum sowie in Mittel- und Osteuropa
- C 135 (2004) Karl-Heinz Narjes
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 136 (2004) Ludger Kühnhardt
The Global Proliferation of Regional Integration. European Experience and World-wide Trends
- C 137 (2004) Andreas Marchetti (ed.)
The CSCE as a Model to Transform Western Relations with the Greater Middle East
- C 138 (2004) Lothar Rühl
Conditions for a European intervention strategy in application of the ESDP and US/Nato crisis management
- C 139 (2004) Hubert Iral
Im Spannungsfeld zwischen Normalzustand und Legitimationsfragen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung und des Verfassungsgebungsprozesses
- C 140 (2004) Franz-Josef Meiers
Transatlantic Relations after the U.S. Elections. From Rift to Harmony?
- C 141 (2004) Ludger Kühnhardt
From National Identity to European Constitutionalism. European Integration: The first fifty years
- C 142 (2005) Ashkaan Rahimi
The Evolution of EU Asylum Policy
- C 143 (2005) Samuel Wells / Ludger Kühnhardt (eds.)
The Crisis in Transatlantic Relations
- C 144 (2005) Hansjörg Eiff
Zum Problem des Kosovo-Status
- C 145 (2005) Miguel E. Cárdenas / Christian Arnold
La experiencia de la Unión Europea y sus anécdotas para la «Comunidad Andina de Naciones» (CAN)
- C 146 (2005) Franjo Štiblar
Preservation of National Identity and Interests in the Enlarged EU
- C 147 (2005) Erol Esen
Grundzüge der Kommunalverwaltung und die europäische Integration der Türkei. Strukturen, Aufgaben und Standpunkte
- C 148 (2005) Jürgen Elvert
Zur gegenwärtigen Verfassung der Europäischen Union. Einige Überlegungen aus geschichtswissenschaftlicher Sicht
- C 149 (2005) Matti Wiberg
New Winners and Old Losers. A Priori Voting Power in the EU25

- C 150 (2005) Siebo M. H. Janssen
Belgien – Modell für eine föderal verfasste EU? Die Föderalisierung Belgiens im Kontext der Europäischen Integration
- C 151 (2005) Geert-Hinrich Ahrens
Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Die schwierige Mission der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachter (August 2004 bis Januar 2005)
- C 152 (2005) Ludger Kühnhardt
Northeast Asia: Obstacles to Regional Integration. The Interests of the European Union
- C 153 (2005) Martin Zimmek
Integrationsprozesse in Lateinamerika. Aktuelle Herausforderungen in Mittelamerika und der Andenregion
- C 154 (2005) Andreas Marchetti (ed.)
Ten Years Euro-Mediterranean Partnership. Defining European Interests for the Next Decade
- C 155 (2006) Valeria Marziali
Lobbying in Brussels. Interest Representation and Need for Information
- C 156 (2006) Nina Eschke / Thomas Malick (eds.)
The European Constitution and its Ratification Crisis. Constitutional Debates in the EU Member States
- C 157 (2006) Ludger Kühnhardt
European Integration: Challenge and Response. Crises as Engines of Progress in European Integration History
- C 158 (2006) Andreas Marchetti
The European Neighbourhood Policy. Foreign Policy at the EU's Periphery
- C 159 (2006) Thomas Demmelhuber
The Euro-Mediterranean Space as an Imagined (Geo-)political, Economic and Cultural Entity
- C 160 (2006) Emil Mintchev / Janusz Musial
Stabilität durch Bildung. Die Fortbildungsprojekte des "Zentrum für Europäische Integrationsforschung" (ZEI) in Südosteuropa (1999 – 2006)
- C 161 (2006) Jürgen Mittag
Escaping the Legitimacy-Accountability-Trap? Perspectives of Parliamentary Participation in European Security and Defence Policy
- C 162 (2006) Cordula Janowski
Globalization, Regional Integration and the EU. Pleadings for a Broader Perspective
- C 163 (2006) Swetlana W. Pogorelskaja
Die Bedeutung der deutschen parteinahen Stiftungen für die EU-Politik gegenüber den MOE- und GUS-Staaten
- C 164 (2006) Wolfram Hilz
Deutschlands EU-Präsidentschaft 2007. Integrationspolitische Akzente in schwierigen Zeiten
- C 165 (2006) Franz-Josef Meiers
Zwischen Partnerschaft und Widerspruch. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit dem 11. September 2001

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.